

ZOOM-Konferenz / 17.02.2021 (18:00 – ca. 19:45 Uhr)

Bündnis90/DIE GRÜNEN Bergkamen – Aktionskreis Wohnen und Leben Bergkamen e.V.

ERGEBNIS - PROTOKOLL

Anlass der Zoom-Konferenz

Bündnis90/DIE GRÜNEN hatte angeregt, die vom Aktionskreis erbetene Stellungnahme zu den an alle Fraktionen im Rat der Stadt Bergkamen am 21.01.2021 ergangenen Fragestellungen/Positionen für die Themen „**Klimaschutz & Energiewende in Bergkamen**“ und „**Stadt(teil)entwicklung**“ im Rahmen einer Zoom-Konferenz zu besprechen.

Der Aktionskreis ist damit einverstanden, dass die gestellten Fragen nicht formal abgehandelt werden, sondern dass man zu einem Gedankenaustausch über verschiedene Teil-Themen kommt. Es wird vereinbart, sich in dieser Konferenz nur mit „**Klimaschutz & Energiewende in Bergkamen**“ zu beschäftigen. Die Thematik „**Stadt(teil)entwicklung**“ soll dann in einer weiteren Zoom-Konferenz in den nächsten Wochen bearbeitet werden.

Absichtserklärung

Der Aktionskreis sichert dem Ausschussvors. „Umwelt und Klimaschutz“ (Thomas Grziwotz) zu, sich mit geeigneten Maßnahmen dafür einzusetzen, dass dieser Ausschuss in Bergkamen einen wichtigen Stellenwert bekommt. Der Leserbrief v. 17.02.2021 im Hellweger Anzeiger möchte das auch deutlich machen.

Angesprochene Themenkomplexe

Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Bergkamen

In der Ausschusssitzung am 29.04.2021 soll überprüft werden,

- wo Bergkamen bei lokalem Klimaschutz und Energiewende zu Beginn des Jahres steht,

- ob seit 2019 erste Maßnahmen aus dem Maßnahmenkatalog / den Handlungsfeldern eingeleitet wurden,

- ob und wenn welche Hemmnisse es gibt, die ein ambitioniertes Vorgehen bislang verhindern,

- ob die eingetretene Situation größere Anstrengungen verlangt.

Der Aktionskreis (AK) wird durch eigene Anfragen an die Verwaltung versuchen, in Teilbereichen (Ausbau der Erneuerbaren Energien) Erkenntnisse über den aktuellen Sachstand zu bekommen.

Lesermeinung *HA v. 17.02.2021*

Die unter dieser Rubrik veröffentlichten Leserbriefe müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen. Sie behält sich aus technischen Gründen das Recht auf Kürzungen vor.

Verschwendung von Zeit

Zu unserer Berichterstattung über „Zwei Ausschüsse mit fast identischer Tagesordnung“ (9. Februar) erreichte uns folgende Leserzuschrift:

Die in Ihrer Berichterstattung/Kommentierung geübte Kritik ist nicht von der Hand zu weisen. Wenn in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz quasi nur eine Art Wiederholung der Tagesordnung des Stadtentwicklungsausschusses passiert, ist dies wahrscheinlich in gewisser Weise eine Art Zeitverschwendung. Das sollte in Zukunft auf jeden Fall vermieden werden.

Dass der gerade neu eingerichtete Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz bei den anliegenden Problemstellungen richtig gut ans Laufen kommen muss, ist hoffentlich allen Politikver-

tretern/der Verwaltung/der Öffentlichkeit bewusst. Die Fraktionsspitze von Bündnis90/Die Grünen jedenfalls scheint diesen Ausschuss „Fehlstart“ ausbügeln zu wollen. Auf der Grundlage eines Antrages für die Ratsitzung am 18. Februar 2021 möchte der Ausschussvorsitzende Thomas Grziwotz in der Sitzung am 29. April 2021 das bestehende „integrierte Klimaschutzkonzept der Stadt Bergkamen“ einer Überprüfung unterziehen. Die Verwaltung soll dafür bis zum 9. April 2021 einen Bericht vorlegen. Dieses ist zwingend notwendig und wäre vermutlich auch der bessere Einstieg in die Sitzung am 11. Februar 2021 gewesen.

Auch weitere Nachfragen aus der Bürgerschaft an die Verwaltung könnten da hilfreich sein. Der Klimawandel und seinen Folgen macht bekanntlich vor Corona nicht halt.

Kartheinz Röcher

Ausbau der Erneuerbaren Energien in Bergkamen

Bündnis90/DIE GRÜNEN (B90/DGr) sieht keinen Mangel an Flächen für den Ausbau im Bereich der Photovoltaik (Dächer von Industrie-/Logistik-/Handels- oder Privatgebäuden). Beim Ausbau der Windenergie sieht man keine Möglichkeit, ein Vorranggebiet einzurichten und sieht letztlich auch nur geringe Möglichkeiten für Einzelstandorte im Stadtgebiet. Große Solarthermische Anlagen könnten auf Bergbaubrachen oder am Kohlekraftwerk-Standort in Heil in Betracht kommen. Der AK setzt weiterhin darauf, dass – mit Unterstützung des RVR als Flächenbesitzer – ein Umdenken bei der Bergehalde „Großes Holz“ möglich wird. Hier ist die Nutzung als neuer Energiestandort (Photovoltaik und Windkraft) ohne weiteres vereinbar mit der bisherigen Nutzung zu touristischen und Erholungs-Zwecken. Für die Nachnutzung der Kraftwerksfläche in Heil hatte der AK in einer Bürgeranregung v. 05.07.2020 ein Gutachten gefordert, welches u.a. untersucht, inwieweit dort eine große solarthermische Anlage angesiedelt werden kann.

Diskussion um Nachfolgenutzung der Kraftwerksfläche

Über die Situation der Nachnutzung der Heiler Kohlekraftwerksfläche wurde dann intensiv gesprochen. DIE GRÜNEN haben die Befürchtung, dass in der Verbindung von Landrat Mario Lühr (SPD, ehemaliger Prokurist bei Remondis) und dem Konzern „Remondis“ eine Recyclinganlage/ Müllverbrennungsanlage dort angesiedelt werden könnte. Jochen Nadolski-Voigt machte darauf aufmerksam, dass bei der Nachnutzung nicht nur der Flächenbesitzer (jetzt: STEAG... könnte aber auch ein neuer Besitzer sein..) entscheiden könnte, was dort weiter passiert. Maßgeblich beteiligt sind auf jeden Fall: der RVR als Planungsbehörde für das Ruhrgebiet, der Kreis Unna/die Wirtschaftsförderungsgesellschaft mit der Projektentwicklung aus den Vorgaben der Förderrichtlinien nach dem Kohleausstiegsgesetz.

Grubenwassernutzung als Wärmequelle

Untersuchungen der Ruhr-Uni Bochum haben gezeigt, dass „Haus Aden“ als ein zentraler Ort der Grubenwasserregulierung im Ruhrgebiet dafür geeignet wäre, im **Umkreis von 5 km Wärme in die Stadtquartiere** zu liefern. Die Stadtteile „Oberaden“ und „Heil“ kämen auf jeden Fall in Betracht - Teilbereiche von „Mitte“ und „Weddinghofen“ auch. Dieses wäre eine mittelfristige Perspektive zur Ablösung der Wärmeversorgung durch Gasheizungen. Die Diskussion und die Vorbereitungen dafür müssten aber unverzüglich eingeleitet werden, solange die „Wasserstadt Aden“ bzw. das Grubenwasserhebewerk noch nicht fertig wären. Also in den nächsten 2 Jahren.

PCB im Grubenwasser - „Wasserstadt Aden“

(Bd90/DGr) und (AK) stimmen darin überein, das Thema „PCB im Grubenwasser“ in den nächsten Monaten weiter in die Öffentlichkeit zu tragen mit der Forderung nach einer best möglichen

Filtrationsanlage. Hier kann die RAG nicht aus der Verantwortung entlassen werden. Es ist auch klar, dass ein gemeinsames Vorgehen mit allen Fraktionen gesucht wird, die sich gegen die PCB-Einleitung aussprechen. Ziel sollte es sein, alle Fraktionen hinter diese Forderung zu bringen.

Bürgerbeteiligung und Gründung einer Energiegenossenschaft

(B90/DGr) und (AK) stimmen darüber überein, dass die Energiewende mit den Pariser Klimazielen nur über eine viel stärkere Einbindung der BürgerInnen gelingen kann. Zentral ist dabei, dass sie auch an größeren Projekten der Erneuerbaren Energien (z.B. Windkraftanlagen, Flächen PV-Anlagen, Flächen-Solarthermische Anlagen) beteiligt sind. Dafür besonders geeignet wäre eine Energiegenossenschaft.

Karlheinz Röcher – Mitglied der Sonnenwende Bürger-Energie-Region Gütersloh eG/ggr. 2010, Aufsichtsratsmitglied 2015-2020 und jetzt im Beirat – regt eine solche Gründung an und wird versuchen, in den nächsten Monaten dafür Gründungs-MitstreiterInnen der Generation **u.55** zu gewinnen. (B90/DGr) würden eine solche Gründung auf jeden Fall unterstützen und aktiv politisch begleiten.

Bürgerräte einrichten (eine Idee des BUND)

Eine bessere parlamentarische Verankerung von Klimaschutz und Energiewende könnte die Einrichtung von Bürgerräten in den Kommunen sein. Der BUND hat dafür einen Vorschlag entwickelt.

Ob die rasch fortschreitende Erderhitzung oder das Schwinden der biologischen Vielfalt. Beim Management der Umweltkrisen hat die Bundesregierung bisher versagt. Ein neues Bündnis will der Zögerlichkeit mit Bürgerräten und mehr direkter Demokratie begegnen.

RALF-UWE BECK
ist Bundesvorstandssprecher von Mehr Demokratie e.V. und Ehrenvorsitzender des BUND Thüringen.

Wir müssten, wir sollten, wir hätten schon längst ... So lassen sich die Appelle zum Klimaschutz zusammenfassen. Die Zeit drängt, das Klimapaket der Bundesregierung genügt nicht. Mehr sei nicht drin gewesen, mehr hätten die Bürgerinnen und Bürger nicht mitgetragen, heißt es aus der Politik. Aber stimmt das denn?

VORBILD BÜRGERRAT
In Frankreich hat ein Bürgerrat 149 Empfehlungen für einen wirksamen Klimaschutz zusammengestellt. Da geht es ans Eingemachte: Pestizidverbot, Tempolimit von 110 km/h, keine Inlandsflüge mehr ... Für Bürgerräte werden Menschen ausgewählt, bis sie den Querschnitt der Bevölkerung spiegeln, hinsichtlich Bildungsgrad, Geschlechterverhältnis, Alters- und Einkommensgruppen.
Beraten werden die Zufallsbürger*innen von Fachleuten, um dann – gut moderiert – in die Diskussion zu gehen. Auf diese Weise könnte ein Bürgerrat auch in Deutschland ausloten, was denn den Menschen in Sachen Klimaschutz auf